

Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

14.01.2021

CDU

Fraktion Berlin

Zweite Sitzung 2021

Am 14.1. kam das Berliner Abgeordnetenhaus bereits zu seiner 2. Sitzung in diesem Jahr zusammen. Im Vordergrund standen in dieser Sitzung eine aktuelle Stunde zur Lage der Wirtschaft in Corona-Zeiten, der Antrag der CDU-Fraktion, der Regierende Bürgermeister möge die Bildungssenatorin Scheeres wegen ihrer zahlreichen Versäumnisse in der Bildungspolitik entlassen, und die Beschlussfassung des Beteiligungsgesetzes, mit dem das Abgeordnetenhaus sich eine kurzfristige Entscheidungskompetenz bei den Rechtsverordnungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie sichert.

Das Berliner Abgeordnetenhaus zeigt damit einmal mehr, dass es auch in diesen Krisenzeiten handlungsfähig ist. Ein gutes Zeichen zum 30. Jahrestag des Zusammentritts des ersten freigewählten Berliner Parlaments nach der Wiedervereinigung. An dieses denkwürdige Ereignis erinnerte der Parlamentspräsident zu Beginn der Plenarsitzung.

Im Namen von Cornelia Seibeld, Oliver Friederici, Adrian Grasse und Stephan Standfuß wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende, bleiben Sie gesund und bitte vergessen Sie nicht: wir Steglitz-Zehlendorfer Abgeordneten sind natürlich weiterhin jederzeit für Sie da und ansprechbar!

Herzliche Grüße,

Ihr Christian Goiny

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

*Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses
Sprecherin für Integration und Kirchen*

Stephan Standfuß

*Sprecher für Sport und
Sprecher 1. Untersuchungsausschuss
"Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

*Im Text finden Sie **anklickbare** Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.*

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Aktuelle Stunde
Wirtschaftspolitik**Christian Goiny**

Seit Monaten diskutiert das Parlament im Wirtschafts- und im Hauptausschuss über die notwendigen Wirtschaftshilfen infolge der Corona-Pandemie. Gestern nun wurde auch im Plenum über den richtigen Weg bei der Wirtschaftspolitik gestritten. Wirtschaftssenatorin Ramona Pop und die rot-rotgrüne Koalition waren der Auffassung, dass das in Berlin gut läuft und kritisierten das Bundeswirtschaftsministerium dafür, dass die Bundeshilfen zu zögerlich gezahlt werden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gräff, verwies hingegen auf die Weigerung des Bundesfinanzministers, Abschreibungsmöglichkeiten für Umlaufvermögen in die Hilfen einzubeziehen und die Finanzämter bei der Feststellung und Auszahlung von Wirtschaftshilfen zu beteiligen. Die Union kritisiert vor allem auf das vielschichtige Versagen des Berliner Senats bei den landeseigenen Wirtschaftshilfen.

Gräff kritisierte das fehlende Engagement bei der Auszahlung von Abschlagszahlungen, zu kompliziertes und bürokratisches Verfahren bei der Bewilligung, das Fehlen bzw. die effiziente Anwendung von Hilfsprogrammen für kleine und mittelständische Unternehmen, die Kultur- und Kreativwirtschaft, Hotellerie, Gastronomie, Messe- und Kongressgeschäft.

Der Senat hat in den letzten Jahren ein Klima der Wirtschaftsfeindlichkeit erzeugt, agiere weltfremd und führe keine Gespräche mit der Wirtschaft zur Frage, welche Perspektiven und Konzepte man für dieses Jahr erarbeiten könne.

All das hatte die CDU-Fraktion seit Monaten gefordert und mit Anträgen und Berichtsaufträgen in Parlament und Hauptausschuss thematisiert.



Darüber hinaus fordert die CDU-Fraktion, dass der Senat sich auch mit den Folgen der Pandemie auf die Stadtentwicklung beschäftigen müsse, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf Einkaufszentren und -straßen, infolge von Geschäftsschließungen im Einzelhandel.

Aktuelles / Corona
Leichtsinn oder Überforderung in der Berliner Corona-Politik: Ein Beispiel**Oliver Friederici**

Der noch Berlin regierende Bürgermeister Michael Müller hat der Berliner Wirtschaft am 10. Januar vorgeworfen, zu wenig Mitarbeiter ins Home-Office zu schicken. Was Müller natürlich nicht weiß: Es sind inzwischen mehr als die Hälfte der Berliner Büro- und Dienstleistungsarbeitsplätze im Home-Office.

Aber der noch Regierende verschwieg: Berlins Verwaltung dagegen bekommt es selbst nicht hin, weil der rot-rot-grüne Berliner Senat bei der IT-Ausstattung und

Internetfähigkeit wenig investiert und kaum logistische Vorbereitung getroffen hat. Nicht einmal 5% arbeiten in manchen Bereichen der Berliner Verwaltung im Home-Office.

Wie weltfremd sind doch bloß der Berliner Regierende Bürgermeister und seine linksgrüne Koalition? Wissen er und seine Senatstruppe immer noch nicht, wer die sozialen Schenkungen und linken Wohltaten des Senats bezahlt? Die Wirtschaft. Die Unternehmen und die Mitarbeiter der Unternehmen.

Verkehrspolitik / Corona

Corona: Keine neuen Hygiene-Maßnahmen im ÖPNV

Oliver Friederici und Christian Goiny

Verwundert müssen sich die Fahrgäste der BVG, S-Bahn und der Deutschen Bahn fragen, weshalb denn nun nicht wie in anderen Städten und Ländern verstärkt Hygiene-Maßnahmen durch den Berliner Senat veranlasst und vor allem bezahlt werden. Was in fast allen internationalen Metropolen stattfindet, hält Rot-Rot-Grün nicht für notwendig. Dies überrascht umso mehr, wenn man bedenkt, dass der Senat stets den Öffentlichen Nahverkehr und das Rad als die Verkehrsmittel erster Wahl anpreist.



Die Berliner CDU-Fraktion setzt hier im Abgeordnetenhaus bei dem Thema immer und immer wieder nach. Übrigens: Derweil fährt der Berliner Senat munter weiter in steuergeldfinanzierten Dienstwagen der automobilen Oberklasse. Das nennt man wohl „Wasser predigen und Wein trinken“.

Forschung / Corona

Berliner Beteiligung an Impfstoffproduktion hätte frühzeitig geprüft werden müssen

Adrian Grasse

Der bundesweite Start der Schutzimpfungen gegen das Corona-Virus markiert einen Meilenstein in der Pandemiebekämpfung. Denn mit dem Impfstoff verbindet sich die Hoffnung, die belastenden Einschränkungen in absehbarer Zeit wieder abbauen und zur Normalität zurückkehren zu können.

Der Senat muss nun dafür Sorge tragen, allen Berlinerinnen und Berlinern zeitnah auch ein Impfangebot machen zu können.



Die derzeit bestehenden Engpässe beim Impfstoff sind jedoch nicht allein durch größere Bestellungen, sondern vielmehr durch ein Hochfahren der Produktion zu beseitigen. Aus Sicht der CDU-Fraktion müssen daher alle Möglichkeiten ausgelotet werden, neue Kooperationspartner zu gewinnen. Mit dem Know-how der Charité

und der industriellen Unternehmen in unserer Stadt ist Berlin hervorragend aufgestellt.

Adrian Grasse hat den Regierenden Bürgermeister und Wissenschaftssenator Müller daher im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung gefragt, ob der rot-rot-grüne Senat denn die Möglichkeit geprüft hat, auch in Berlin eine zusätzliche Produktionsstätte aufzubauen, um die Verfügbarkeit des Corona-Impfstoffes zu beschleunigen.

Die Antwort des Regierenden Bürgermeisters war jedoch enttäuschend. Seiner Auffassung nach sei der Aufbau einer Produktionsstätte in unserer Stadt nicht möglich, da es an ausgebildetem Personal und der notwendigen Infrastruktur fehle. Es würde zumindest Monate dauern diese aufzubauen, so dass eine Beschleunigung der Impfstoffversorgung nicht zu erreichen sei. Darüber hinaus verwies der Regierende Bürgermeister auf die Zuständigkeit der Wirtschaftsverwaltung.

Die grüne Wirtschaftssenatorin Pop hatte jedoch die Möglichkeit einer lizenzierten Produktion bereits im Vorfeld in Frage gestellt. Ihre Aussage, man könne die Impfstoffproduktion nicht einfach wie ein „Apfelkuchenrezept“ weitergeben, lässt bezweifeln, ob sie die Ernsthaftigkeit der Lage, aber auch das Potenzial und die Expertise der in unserer Stadt ansässigen industriellen Unternehmen überhaupt erkannt hat.

<https://www.berliner-zeitung.de/news/michael-mueller-impfstoffproduktion-in-berlin-nicht-moeglich-li.131613>

Corona

Impfkation dringend optimieren

Cornelia Seibeld

Jetzt hat sie begonnen, die größte Impfkation aller Zeiten. Doch was uns alle am Schluss von COVID19 befreien soll, hat zunächst große Anlaufschwierigkeiten. Natürlich steht am Anfang nicht genug Impfstoff zur Verfügung, es ist ja schon fast ein Wunder, dass wir überhaupt so schnell diese Impfstoffe entwickelt haben. Und natürlich sind viele Menschen zunächst einmal unsicher, ob sie diesen Impfstoffen vertrauen können. Aber an einer Herdenimmunsierung durch Impfungen führt schlicht kein Weg vorbei, denn ohne Impfungen wären hohe Krankheits- und Todeszahlen die Folge, bevor es zu einer Immunsierung der gesamten Gesellschaft kommen kann, das können und das wollen wir moralisch nicht akzeptieren.



Die Einrichtung von Impfzentren zur Beschleunigung und Effektivierung des Verfahrens ist daher eine unabdingbar notwendige Maßnahme gewesen. Doch der Senat hat es versäumt, eine optimale Organisation und perfekte Kommunikation darum herum einzurichten. Viel zu viele Fragen der Bürger sind offen geblieben, Antworten waren teils widersprüchlich. Menschen in Pflegeeinrichtungen werden durch Teams vor Ort geimpft, die Menschen in den Seniorenwohnanlagen gleich nebenan nicht, die müssen individuelle Termine vereinbaren und sich selbst zu

den Zentren auf den Weg machen, Rollator hin oder her.

Dazu werden Einladungen versendet, die für gerade die Hochbetagten nur erschwert zu lesen sind. Und es sind gerade diese Personenkreise, die mangels Internetanschluss dann auch noch auf die ständig besetzte telefonische Hotline angewiesen sind, um Termine vereinbaren zu können. Wenn dann für 600 Dosen 600 Personen eingeladen werden von denen nur 500 Personen kommen, bleiben Impfdosen übrig, die vernichtet werden müssen, weil die Haltbarkeit über den Tag hinaus nicht gegeben ist. Und wenn dann ein 91-jähriger Impfberechtigter mit seiner 89-jährigen Ehefrau erscheint, seine Impfung bekommt, aber seine fast gleichaltrige Frau nicht, dann ist das schlicht nicht nachzuvollziehen.

Hoffentlich erhalten wir möglichst bald Impfstoffe, die in der Handhabung unproblematisch sind und auch von den eigenen Hausärzten verabreicht werden können. Bis dahin muss der Senat für eine reibungslose Organisation und Kommunikation sorgen und vor allem die durchführenden Hilfsverbände mit den zahllosen Freiwilligen unterstützen, die in so wunderbarer Weise diese Aktion abwickeln und denen wir unseren Dank aussprechen.

Untersuchungsausschüsse

Finale im Amri- Untersuchungsausschuss

Stephan Standfuß

So manch einer hat sich bereits gefragt, wann es denn Ergebnisse aus den drei Untersuchungsausschüssen im Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus und im Landtag von Nordrhein-Westfalen geben wird. Nach zahlreichen Zeugenbefragungen und über 1000 untersuchten Akten liegt der mehrere hundert Seiten lange

Entwurf des Abschlussberichtes für das Berliner Abgeordnetenhaus vor.

Nun geht es in den nächsten Sitzungen vor allem darum, den Entwurf zwischen den Fraktionen abzustimmen. Dazu dürfen die Fraktionen entsprechend ihrer Schwerpunktsetzung Änderungsanträge einbringen, wovon auch in großem Umfang Gebrauch gemacht wird. Um die Fakten der bis zu achtzig Seiten langen Änderungsanträge zu überprüfen, werden die Protokolle der Zeugenbefragungen und die zahlreichen Akten immer wieder zur Hand genommen. Absatz für Absatz wird dann in Sitzungen, die oftmals den ganzen Tag dauern, soweit es geht, ein konsensualer Text beschlossen.



Im Sommer diesen Jahres soll dann der fertige Abschlussbericht veröffentlicht werden. Auch wenn es schon zahlreiche Verbesserungen aufgrund der Erkenntnisse aus den Ausschüssen gegeben hat, werden die drei Berichte Grundlage für weitere Maßnahmen, Veränderung und vor allem Verbesserung bei den zuständigen Behörden sein.

[Link zum Untersuchungsausschuss](#)

Verkehrspolitik

Sorgenkind BER

Oliver Friederici

Das Jahr 2020 ist vergangen, der Flughafen BER wurde nach Jahren des Scheiterns endlich erfolgreich eröffnet. Doch die Probleme sind damit nicht überwunden. Die Passagierzahlen betragen im Dezember nur gerade einmal zehn Prozent des Vorjahresmonats, die Daten spiegeln die dramatische Lage der Flughäfen in ganz Deutschland wider.

Dass in dieser Zeit das wirtschaftliche Leben der Flughäfen unvergleichlich schwer ist, macht deutlich, weshalb diese Infrastruktur-Einrichtungen Hilfe benötigen und diese sich aktuell und bis in nicht absehbarer Zeit keinesfalls selbst tragen können.



Nun wird sich die Geschäftslage auf Dauer nicht verbessern. Deshalb ist es richtig, dass so schnell wie möglich der alte Flughafen Schönefeld, wenn auch nur vorübergehend, geschlossen wird.

Verkehrspolitik

Taxi-GAU am BER

Oliver Friederici

Die Aufhebung der Vorfahrtsrechte für Berliner Taxen ist ein Desaster, das auf das Konto von Grünen-Verkehrssenatorin

Günther geht. Ihr fauler Kompromiss war kunden- und klimafeindlich und hat einer rechtlichen Überprüfung durch das Verwaltungsgericht nicht standgehalten.



Der Berliner Senat muss jetzt unverzüglich eine Lösung verhandeln. Der Ausschluss Berliner Taxi-Unternehmen am BER kann und darf nicht das letzte Wort sein.

Verkehrspolitik

Verkehr in Berlins Friedrichstraße – mit nur schwachem Durchblick

Oliver Friederici

Die Berliner Friedrichstraße ist für den BVG-Busverkehr, den allgemeinen und den Lieferverkehr dicht gemacht worden. Dazu Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus und ein Zeichen von Inkompetenz, wie Grünen-Senatorin Regine Günther wiederholt das Parlament falsch informiert. Das gilt nicht nur für den schleppenden Ausbau der Tramlinien, der sich nach Medienberichten weiter verzögern soll. Auch den gescheiterten Verkehrsversuch ‚Sperrung der Friedrichstraße‘ versuchte sie auf Anfrage im Abgeordnetenhaus schönzureden.“



Für die angebliche Verbesserung der Luftqualität konnte sie dann aber keine Belege vorlegen. So lange Günther die Verkehrsverwaltung lenkt, bleibt das Ziel einer stadtverträglichen Verkehrswende mit besserem Nah-, Rad- und Fußgängerverkehr unerreichbar.

Verkehrspolitik

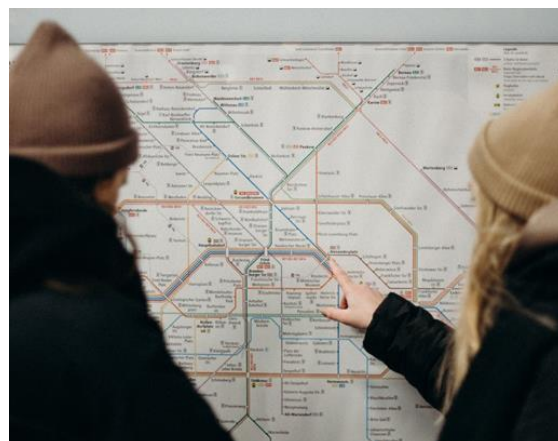
Wo sind eigentlich die U-Bahn-Machbarkeitsstudien?

Oliver Friederici

Ja wo sind sie denn? Wenn die bereits fertig in der Schublade sind, darf der Berliner Senat diese dem Parlament nicht länger vorenthalten, nur weil sich die Koalition mal wieder uneins ist. Mit der Union wird es kein Ausspielen der Verkehrsträger geben, aber auch keine Ignoranz gegenüber der U-Bahn. Den Berliner Dauerstau wollen wir auflösen, dazu braucht es auch Lösungen am Stadtrand.

Die Grünen regieren doch Berlin, kriegen nichts hin und die anderen sollen wieder schuld sein, weil nichts Neues entsteht. Nicht mal neue Straßenbahnen-Strecken werden gebaut, neue U-Bahnlinien bekämpfen sie militant, bei der S-Bahn gibt es keine Planungsaufträge, Autofahrer sind ihre Feinde und die Fußwege verrotten. Aber die anderen sind ja schuld, dieses Mal Berlins SPD und CDU. Gut ist, dass wenigstens die Siemens-Bahn aufgebaut

wird auf Druck des großen deutschen traditionellen Unternehmens Siemens.



Und nochmal zur Erinnerung: Die Berliner CDU-Fraktion setzt sich massiv für den Weiterbau der U3 zum S-Bahnhof Mexikoplatz und für den Weiterbau der U9 von Rathaus Steglitz nach Lankwitz und Lichterfelde ein.

Hochschulen

Regelstudienzeit an Berliner Hochschulen um ein weiteres Semester verlängert

Adrian Grasse

Angeichts eines weiteren Digitalsemesters an den Berliner Hochschulen und der anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen wurde die Regelstudienzeit nun auch für das Wintersemester 2020/2021 angepasst. Für Studierende, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berliner Hochschule eingeschrieben sind und nicht beurlaubt wurden, gilt somit eine um ein Semester verlängerte individuelle Regelstudienzeit.

Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür wurden im vergangenen September mit dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Bereich des Hochschulrechts gelegt. Die Anpassung

für das Wintersemester erfolgte nun durch eine entsprechende Verordnung.



Für die CDU-Fraktion hatte sich Adrian Grasse schon im Frühjahr 2020 dafür eingesetzt, pandemiebedingte Nachteile für die Berliner Studierenden auszuschließen. Verzögerungen des Studienablaufs, die sich aufgrund eines eingeschränkten Hochschulbetriebs ergeben, dürfen sich nicht nachteilig auf die Förderungshöchstdauer des BAföGs auswirken. Insbesondere vor dem Hintergrund geschlossener Bibliotheken ist zudem eine Verlängerung der Abgabefristen für Hausarbeiten und Abschlussarbeiten vorgesehen.

Hochschulen

CDU setzt sich für eine flächendeckende Hebammenversorgung und die Stärkung der Geburtshilfe ein

Adrian Grasse

Der Beruf der Hebamme stellt nicht nur einen hohen fachlichen Anspruch, sondern bringt auch ein außerordentliches Maß an Verantwortung und Belastung mit sich. Im September 2019 hatte der Bundestag das Gesetz zur Reform der Hebammenausbildung (HebRefG) verabschiedet.

Für die Erteilung der Berufsbezeichnung Hebamme bzw. für die Ausübung des Be-

rufs ist zukünftig der Abschluss eines entsprechenden Bachelorstudiengangs erforderlich. Da im Hinblick auf die Hebammenversorgung immer wieder von Engpässen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich berichtet wird, soll nun eine qualitativ hochwertige, modern ausgestaltete Hebammenausbildung entscheidend zur Attraktivität des Hebammenberufs beitragen.

Für die CDU-Fraktion steht jedoch außer Frage, dass die Akademisierung des Berufs nicht die alleinige Antwort auf den derzeitigen Personalmangel sein kann. Der zum Wintersemester 2021/22 geplante Start des Studiengangs an der Berliner Charité hat die Einstellung der aktuellen Ausbildungsgänge zur Folge.

Aus einer Anfrage, die Adrian Grasse an den Berliner Senat gestellt hat, geht jedoch hervor, dass die Bewerberzahlen bereits seit Jahren um ein Vielfaches höher liegen als die vorgehaltenen Plätze. So erfreulich es ist, dass sich der Beruf der Hebamme großer Beliebtheit erfreut, muss die geplante Akademisierung auch mit einem Aufwuchs an Studienplätzen einhergehen.

Darüber hinaus gilt es, die Rahmenbedingungen für Hebammen im klinischen Alltag und der Geburtshilfe zu verbessern. Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kapazitäten deutlich auszubauen und vom Senat hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel erhalten. Auch die nachträgliche Qualifizierung altrechtlich ausgebildeter Hebammen muss sichergestellt sein.

Adrian Grasse hat für die CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass die Unterversorgung im Bereich der Geburtshilfe und eine mögliche Abweisung von Schwangeren in Krankenhäusern aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht hinnehmbar ist. Schließlich sollte das freudige Ereignis der bevor-

stehenden Geburt eines Kindes für die Eltern nicht durch die verzweifelte Suche nach einer Hebamme getrübt werden.



<https://www.tagesspiegel.de/berlin/ausbau-der-ausbildung-zahl-der-studienplaetze-fuer-hebammen-in-berlin-steigt/26774388.html>

Sport

Der Sport in der Krise

Stephan Standfuß

Wie zu jedem Jahreswechsel wurden auch nun wieder die Jahresplanungen der einzelnen Sportfachverbände vorgelegt. In diesen ist oftmals die Planung für die Spiel- oder Wettkampfsaison für das Jahr 2021 vollständig enthalten, was daran liegt, dass die Endredaktion für solche Hochglanzmagazine meistens noch vor dem erneuten Ansteigen der Infektionszahlen terminiert war.

Viele Verbände haben mit einem Beginn der Saison im Januar geplant. Man hatte noch Anfang Oktober die Hoffnung, dass der Sport nicht noch einmal so stark wie in der ersten Welle der Pandemie betroffen sein würde. Da lag man leider grundlegend falsch, die hohen Ansteckungszahlen machen es notwendig, auch im Sport alle möglichen Kontakte zu vermeiden.

Der Sport in Berlin kommt mit Ausnahme der Profivereine, die in geschlossenen Systemen dafür kämpfen, ihre Werbepartner

zu erhalten, gänzlich zum Erliegen. Und leider kann man zu keiner anderen Bewertung kommen, als dass die Maßnahmen richtig sind, um weitere Ansteckungsrisiken zu unterbinden. Man kann nur hoffen, dass die in Aussicht gestellten Erfolge durch die Impfungen bald eintreten werden, so dass der Sport wieder in Gang kommt und alle damit zusammenhängenden Strukturen gerettet werden können.

Bis dahin ist es wichtig, dass seitens der Politik alles unternommen wird, um ein Überleben der Vereine sicher zu stellen. Die CDU wird der Erweiterung des Rettungsschirms (Idee der CDU-Fraktion) zustimmen und dem Sport in Berlin zur Seite stehen.

Bezirke

Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen?

Christian Goiny

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 14.1. auch mit einem Gesetz das Bezirksverwaltungsgesetz geändert, um die Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in außergewöhnlichen Notlagen sicherzustellen.

Was zunächst nach einer Hilfestellung in Krisenzeiten klingt, entpuppt sich aber bei genauem Hinsehen als ein Hilferuf in Krisenzeiten, wie der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny, die Gesetzesänderung kommentiert.

Rechtzeitig zur Beschlussfassung im Abgeordnetenhaus musste die für IT-Fragen zuständige Staatssekretärin Smentek nämlich gegenüber den Vorstehern der BVV eingestehen, dass es im Land Berlin keine technische Lösung für digitale

Sitzungen mit Abstimmungen unter Beteiligung von Verwaltungsmitarbeitern gibt. Das vom Land Berlin eingeführte System Nextcloud erfüllt zwar sicherheitstechnische Anforderungen der Verwaltung, mit ihm sind jedoch keine Sitzungen mit Abstimmungen durchführbar.

Verwenden die Bezirksverordnetenversammlungen die inzwischen gängigen Videokonferenzsysteme, bestehen ggf. datenschutzrechtliche Probleme und die Mitarbeiter der Verwaltung können dienstlich z. B. an Ausschusssitzungen nicht teilnehmen, da Nextcloud hier über keine Schnittstelle verfügt. Die Mitarbeiter müssten dann über ihre privaten PCs teilnehmen.

Erstes Fazit der gesetzlichen Änderung ist, dass die Bezirksverordnetenversammlungen jetzt zwar digital tagen dürfen, das Land Berlin aber nicht in der Lage ist, eine datenschutzrechtlich einwandfreie oder technisch funktionierende Lösung unter Einbeziehung der Verwaltungsmitarbeiter anzubieten.

Eine baldige Änderung dieser Situation konnte die Staatssekretärin auch nicht in Aussicht stellen, übrigens mit dem Hinweis, dass es ja „bis zum Beginn der Pandemie keinerlei Bedarf für die Einführung eines Videokonferenzsystems als landesweiten IKT-Basisdienst gab...“

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

Impressum / ViSdP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.
Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, buergerbuerero.hindenburgdamm@gmail.com;
Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de